

US-Richter weist Klage ab, die Palästina-Solidaritätsgruppe mit „Terrorismus“ in Verbindung bringt

Ali Harb, middleeasteye.net, 30.03.21

Der Richter wies das Argument, die US-Kampagne für palästinensische Rechte sei wegen ihrer Unterstützung für BDS für militante Angriffe haftbar, als „nicht überzeugend“ zurück.

Ein US-Richter hat eine Klage abgewiesen, die darauf abzielte, eine in Washington ansässige Gruppe, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzt, mit „internationalem Terrorismus“ in Verbindung zu bringen - eine Entscheidung, die von Aktivist:innen als Sieg für die Meinungsfreiheit gefeiert wurde.

„Obwohl die Kläger pauschale Behauptungen machen, dass die US-Kampagne die Hamas finanziell unterstützt hat, haben sie keine ausreichenden Fakten angeführt, um diese Behauptungen zu untermauern.“

Richter Leon

In einem am Montag veröffentlichten Urteil wies Bundesrichter Richard Leon die Behauptung zurück, die US-Kampagne für Palästinensische Rechte (*USCPR*) sei wegen ihrer Unterstützung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (*BDS*) und des „Großen Marsches der Rückkehr“ in Gaza, für militante Angriffe auf Israelis verantwortlich.

Die Klage wurde von dem der israelischen Regierung nahestehenden *Jüdischen Nationalfonds* und einer Gruppe von in Israel lebenden US-Bürgern angestrengt.

Sie argumentierten, dass der *USPCR* durch seine Unterstützung des „Großen Marsches der Rückkehr“ und des Nationalen BDS-Komitees (*BNC*) Handlungen des „internationalen Terrorismus“ begünstigt habe. Die Kläger beantragten ein Schwurgerichtsverfahren und forderten eine Entschädigung auf der Grundlage des Anti-Terrorismus-Gesetzes (*ATA*), eines US-Gesetzes, das es Terroropfern ermöglicht, Komplizen von militanten Anschlägen auf Schadenersatz zu verklagen.

„Nicht überzeugend“

Leon wies die Klage ab und den Versuch zurück, die Unterstützung von *BDS* mit der materiellen Unterstützung der Hamas gleichzusetzen, die von Washington als terroristische Organisation eingestuft wird. Er führte aus, dass es den Klägern nicht gelungen sei, eine direkte Verbindung zwischen den Aktivitäten der in den USA ansässigen Gruppe und tatsächlichen Angriffen auf Amerikaner herzustellen.

„Obwohl die Kläger pauschale Behauptungen machen, dass die US-Kampagne die Hamas finanziell unterstützt hat, haben sie keine ausreichenden Fakten angeführt, um diese Behauptungen zu untermauern.“

Die spezifischeren Tatsachenbehauptungen, die den *BNC* und andere Gruppen betreffen, sind einfach zu weit von einer terroristischen Handlung oder Organisation entfernt, um einen Anspruch gemäß dem *ATA* zu begründen“, schrieb der Richter in seinem Urteil. „Ganz im Gegenteil, sind die Argumente der Kläger, gelinde gesagt, nicht überzeugend“.

Ahmad Abuznaid, Exekutivdirektor des *USPCR*, begrüßte das Urteil. Er sagte, die Klage spiegele die israelischen Anstrengungen wider, Palästinenser:innen für ihren Aktivismus pauschal zu bestrafen, selbst die, die im Ausland leben.

„Dies unterstreicht nicht nur, dass die Gerechtigkeit auf unserer Seite ist, sondern bestätigt auch unsere verfassungsmäßigen Rechte und unsere Fähigkeit, weiterhin für die Freiheit des palästinensischen Volkes zu kämpfen“, sagte Abuznaid gegenüber MEE.

Der „Große Marsch der Rückkehr“ begann 2018 als friedliche Protestkampagne entlang des Zauns, der den Gazastreifen von Israel trennt. Die Kampagne forderte ein Ende der Blockade des palästinensischen Gebiets und betonte das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge, die aus ihren Häusern im heutigen Israel vertrieben wurden. Im Gazastreifen leben 1,9 Millionen Palästinenser, die größtenteils Flüchtlinge sind.

Während des „Großen Marsches“, der mehr als ein Jahr andauerte, töteten die israelischen Soldaten mehr als 200 Palästinenser:innen, darunter auch Mediziner:innen und Journalist:innen. Die Demonstrant:innen zündeten daraufhin Luftballons, Drachen und Kondome an und ließen sie in israelische Gebiete fliegen.

In der Klage des *JNF* wurden die palästinensischen Luftballons als „Brandstiftungsterrorismus“ bezeichnet, der den klagenden US-Bürgern emotionales Leid und materiellen Schaden zufügte.

Richter Leon erklärte, er habe zwar Verständnis für das „Leid“ der Kläger, könne aber nicht zu dem Schluss kommen, „dass das Gesetz die von den Klägern gewünschte Abhilfe bietet“.

Diala Shamas, eine Anwältin des *Center for Constitutional Rights*, die die Angeklagten vertrat, sagte, sie hoffe, dass das Urteil ein „Wendepunkt“ sei gegen die Bemühungen privater Akteure, Terrorismusgesetze als Waffe einzusetzen, um Kritiker zum Schweigen zu bringen.

„Die Verleumdung von Menschenrechtsverfechtern als Terroristen ist eine beunruhigend häufige und gefährliche Taktik.“ „Die Klage des *JNF* pervertiert die Menschenrechtsarbeit unserer Mandant:innen, um deren letztlich erfolglosen Versuch zu unterstützen, die US-Gerichte zu unterwandern“, so Shamas in einer Erklärung.

Anti-BDS Anstrengungen

Abuznaid erläuterte, dass die Klage ein Teil eines umfassenderen Versuchs sei, Aktivismus für die palästinensischen Rechte zum Schweigen zu bringen, einschließlich Gesetzen, die einzelne Personen und Unternehmen bestrafen, die Israel boykottieren.

„Doch wir haben verfassungsmäßige Rechte in diesem Land, Rechte, die uns die Israelis offensichtlich in unserer angestammten Heimat verweigern, die sie uns aber hier in den USA nicht verweigern können“, sagte er gegenüber MEE.

In Dutzenden von US-Bundesstaaten bestehen Absichten Anti-BDS-Gesetze zu verabschieden. Bundesgerichte haben solche Gesetze in Kansas, Arizona und Texas wegen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung für ungültig erklärt. Anfang dieses Jahres entschied ein Berufungsgericht außerdem, dass ein Anti-BDS-Gesetz in Arkansas gegen den ersten Verfassungszusatz verstößt.

Das Urteil zugunsten des *USPCR* erfolgte mehrere Wochen, nachdem ein Richter in Kalifornien die Verleumdungsklage eines ehemaligen israelischen Soldaten gegen einen palästinensischen Rechtsaktivisten abgewiesen hatte.

Abuznaid hofft nun, dass diese juristischen Siege die US-Politiker:innen davon überzeugen werden, das harte Durchgreifen gegen palästinensische Aktivist:innen in den USA zu beenden. „Sie können uns nicht zum Schweigen bringen. Sie können uns nicht aufhalten. Ich will weiter für den Tag kämpfen, an dem Freiheit und Befreiung auch wirklich das palästinensische Volk einschließen“, sagte er.

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/us-judge-dismisses-lawsuit-linking-palestine-solidarity-group-terror>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de